Volksbühne.
urnhalle.
Mai, abends 7 Uhr
I. Teil
von Goethe.
, nachmittags 3 Uhr
'ne Eva"
Aktien von
Franz Koppel-Ellfeld.
ai, abends 1/28 Uhr
als Erzieher"
en von Otto Ernst.
t, abends 1/28 Uhr
be"
n Oskar Blumenthal.
I. Platz ℳ 7.—
II. „ ℳ 5.—
III. „ ℳ 3.50
kauf
er ab Mittwoch, 25. Mai.

ld, den 25. Mai 1921.
agung.
herzlicher Teilnahme, die
unserer lieben Mutter und
Rentschler
eue Pflege der Kranken-
he Leichenbegleitung, für
Herrn Dekan am Grabe,
unsern innigsten Dank.
n Hinterbliebenen.

, Immobilien-Hypotheken
Telefon 17.
[2435
Preis Mk. 65 000
n Herd,
Sattler „ „ 45 000
„ „ 100 000
0 000, 110 000, 150 000
großem Garten, preiswert.
te Existenz
A. Calw Mk. 450 000
nberg Preis Mk. 115 000
„ „ 55 000
„ „ 77 000
Hypotheken, Ankauf und
nd. Hypotheken, Darlehen.

und Arbeiter
en eisenstark,
— Mk.
zmüller, Pforzheim
tr. 7a. 2358
ücher
hrmittel usw.
sämtl. Schulartikel
ert
handlung, Nagold.

Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen deutsche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 12.— auswärts 12.45 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 50 Pfg., bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Sammelnummer 1929 — Fernsprecher 29

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 120 — Freitag den 27. Mai 1921 — 95. Jahrgang

Sowjetrepublikanische Finanzreform.

Bis vor kurzer Zeit prahlten die Russen damit, daß die in Sowjetrußland eingetretene Ueberschwemmung mit Papiergeld ihnen nicht die geringsten Sorgen bereite, sondern im Gegenteil den Weg zur erstrebten Abschaffung des Geldes ebene. Heute sieht die Sache anders aus. Auch den doktrinärsten Kommunisten ist die Erkenntnis aufgegangen, daß ein Staat ohne Produktion keine Werte zur Verfügung hat, mit denen er die Arbeit seiner Bürger bezahlen kann. Auf die Gefahr, die in der fortgesetzten Emission von Milliarden Papierrubeln liegt, wird in der letzten Zeit immer häufiger hingewiesen, und gleichzeitig in der bolschewistischen Presse die Notwendigkeit einer Finanzreform betont. Unter den diesbezüglichen Vorschlägen verdient das Projekt des Bolschewisten Knorre in der „Ekonomischeskaja Shisu" weitgehendste Beachtung. Nicht nur, daß er den völligen Zusammenbruch der bisherigen Finanzpolitik offen zugibt, und auch die wirtschaftliche Katastrophe der Landwirtschaft als unmittelbare Folge derselben bezeichnet, sondern er geht in seinen praktischen Vorschlägen soweit, die Rettung aus dem allgemeinen Krach im Kapitalprofit zu sehen. Zu dieser für einen Bolschewisten doch äußerst ungewöhnlichen Auffassung kommt er durch folgende Ueberlegung. Die sofortige Einführung einer Metallwährung würde wenig helfen, da das Metallgeld gleich dem Papiergelde in den Truhen und Strümpfen der russischen Bauern verschwinden würde, denen der Staat vor der Hand für ihre landwirtschaftlichen Produkte keine Industriewaren liefern könne und sie daher nach wie vor in Geld bezahlen müßte. Um nun aber auch ohne Gelieferung der Bauern mit Waren ein Zurückströmen des Geldes in die Städte bezw. die Staatskassen zu erreichen, schlägt Knorre die Errichtung von staatlichen Sparkassen vor. Für die deponierten Gelder müßten der Bevölkerung Prozente gezahlt werden, da es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus für den Staat vorteilhafter sei, Zinsen für das zurückströmende, im höchsten Grade entwertete Geld zu zahlen, als immer wieder neue Milliarden von Sowjetrubeln drucken zu müssen, deren Herstellung in der erforderlichen Menge schon heute auf die größten technischen Schwierigkeiten stoße.

Zugegeben, Knorre hat sich zu dieser Finanzmaßregel nur schwer entschließen können. Und das Triumphgeschrei verschiedener rechtsstehender Blätter, die führenden Männer in der Sowjetrepublik kehrten einer nach dem andern gesinnungsgemäß zur westeuropäischen Wirtschaftsform zurück, diese Schlußfolgerung ist durchaus nicht berechtigt. Knorre wird nach wie vor von der Verkehrtheit der von ihm selbst eingeschlagenen Finanzmaßregel überzeugt sein; und er schließt sich ihr nur notgedrungen aus praktischen Gründen an. Das wollen wir ihm auch gar nicht übel nehmen. Denn wir verstehen seine Motive sehr gut und wissen, daß das Leben aus Kompromissen besteht. Aber es ist doch bezeichnend, wenn man auch in der Sowjetrepublik, soweit man es ehrlich und aufrichtig meint, allmählich zur Besinnung und zur Einsicht kommt, daß mit Theorien allein nicht gewirtschaftet und daß vom Alten, wenn auch vieles verbesserungsbedürftig ist, doch manches noch gebraucht werden kann, wenn auch nicht, gewiß nicht, als ideale Lösung, so doch als kleineres Uebel unter zweien. Wieviel Elend aber wurde doch über ein reiches, blühendes Land gebracht! Wieviel Menschenleben, die nach Hunderttausenden zählen, wurden im Kampf um diese Idee geopfert und ins Elend geführt, bis die Morgendämmerung der Erkenntnis, daß das Neue, das man bringen wollte, so gut es gemeint war, an der Unvollkommenheit der Welteinrichtung, scheitern müsse, sich Bahn brach.

Die Reparationszahlungen als Währungsgrundlage für Weltgeld?

Die Reparationsverpflichtungen, die Deutschland im Londoner Ultimatum übernommen hat, umfassen als hauptsächlichsten Bestandteil die Auslieferung deutscher Schatzanweisungen oder Schuldverschreibungen, von denen die Reparationskommission zunächst einen Betrag von fünfzig Milliarden sich verzinsen und tilgen läßt. Diese fünfzig Milliarden würden dadurch am internationalen Kapitalmarkt handelsfähig werden und ihr Verkaufserlös — zu einem heute noch nicht abzuschätzenden Kurs — würde das Geld darstellen, nach dem die Alliierten, besonders Frankreich, so große Sehnsucht und so großen Bedarf haben. Etwa in diesem Sinne hat auch der französische Minister Loucheur nach der Unterzeichnung des Ultimatums durch Deutschland den Pariser Vertretern der nicht französischen Presse die bevorstehende Verwendung der deutschen Schuldverschreibungen geschildert, in einer Rede, die wohl der Anfang der Propaganda für die Unterbringung dieser Papiere oder, wie man es auch nennen kann, für die Unterbringung einer von Deutschland zu garantierenden, zu verzinsenden und zu tilgenden internationalen Anleihe zu Gunsten der Reparationsgläubiger war. Herr Loucheur hat aber bei dieser Gelegenheit ferner gesagt, es sollten Anleihestücke von 500 bis 10 000 ℳ ausgegeben werden, damit durch dieses neue internationale Geld Zahlungen erfolgen könnten, das er andererseits aber wieder als eine Art Scheck bezeichnet, der Zinsen trägt.

Damit stellt sich zunächst ein theoretisches Problem, an dem die deutsche Wirtschaft, die diese Leistungen aufbringen muß, ein großes Interesse hat: Sind diese Schuldverschreibungen tatsächlich ein internationales Geld oder Zahlungsmittel? Wir glauben, daß Herr Loucheur, wenn er sich dieses Ausdrucks bediente, in einem Irrtum befangen war. Man kann dieses Spielen mit dem Gedanken des internationalen Geldes nicht anders beurteilen als G. F. Knapp die gleichfalls von Paris ausgegangene Gründung des lateinischen Münzbundes beurteilt hat: als eine Entgleisung aus mangelhafter Einsicht. Denn um Geld, auch internationales Geld zu sein, müßten die Stücke dort, wo man sie in Zahlung nimmt, nach ihrer Geltung genommen werden; eine Schuldverschreibung von 500 ℳ eben für 500 ℳ, einmal wie allemal, an einem Orte wie an allen anderen. Dieses wird aber ganz gewiß nicht der Fall sein, sondern die Stücke werden ihrem, durch das Verhältnis des Angebots zur Nachfrage bestimmten, im jeweiligen Kurse ausgedrückten Preis genommen werden. Dann aber sind sie Ware wie jedes andere Wertpapier des internationalen Börsenhandels, und nicht Geld. Der Unterschied zwischen Geltung und Preis ist grundlegend und darf nicht übersehen werden, auch nicht von dem mächtigen Minister des mächtigen Frankreich.

Aus diesem theoretischen entfaltet sich nun aber ein Problem von großer praktischer Bedeutung: Wie wird sich der Kurs dieser deutschen Reparations-Schuldverschreibungen gestalten und in welchem Verhältnis zum intervalutarischen Kurs der Mark wird er stehen? Den Kurs der Schuldverschreibungen bestimmen die Alliierten. Denn das Wertpapier wird von ihnen ausgegeben in Beträgen, die sie festsetzen. Schaffen sie ein im Verhältnis zur Nachfrage aus den internationalen Kapitalistenkreisen großes Angebot, so drückt das den Kurs von selbst herab. Es bürdet außerdem Deutschland eine größere Last von Zins und Tilgung auf, erschüttert somit das internationale Vertrauen in seine Leistungsfähigkeit und erzeugt dadurch eine den Kursdruck verstärkende Tendenz. Niedriger Kursstand wird den Reparationsgläubigern schaden und dem Reparationsverpflichteten nützen. Vorteil wird bestenfalls der private Erwerber haben, der auf Kurssteigerung der Schuldverschreibungen spekuliert. Mehr läßt sich über die Kursgestaltung im allgemeinen jetzt noch nicht sagen. Aber das Gesagte genügt, um zu erkennen, wie durchaus privatkapitalistisch diese Lösung des Reparationsproblems gedacht und aufgebaut ist, wie ohne jeden Einschlag volks- und gemeinwirtschaftlichen Denkens. Es genügt auch, um den Zusammenhang zwischen dem Kurs dieser Schuldverschreibungen und der Markvaluta als unvermeidlich und für die letztere sehr bedenklich zu erkennen.

Es wird von nun an nötig sein, in jedem Vierteljahr für 500 Millionen Goldmarkdevisen zu beschaffen zu Reparationszwecken. Ganz abgesehen von der Ausfuhrabgabe. Das übt einen Druck auf die Markvaluta aus, dessen Umfang sich heute noch nicht ermessen läßt. Erworben werden können die ausländischen Devisen natürlich nur durch Ausfuhr. Es liegt nahe, von hier aus auf ein Interesse der Reparationsgläubiger an der Steigerung der deutschen Produktenausfuhr zu schließen. Aber dieser Schluß ist doch wohl zu optimistisch. Es steht nämlich nirgends verbrieft, daß Deutschlands Ausfuhr nur aus Produkten bestehen muß: es läßt sich auch eine Ausfuhr der Produktionsmittel, ein Bezahlen nicht nur mit dem Vermögensertrag, sondern auch mit der Vermögenssubstanz selbst denken. Sie würde zwar Deutschland vollends ruinieren, aber sie läßt sich denken. Also muß man sie denken und der Gefahr ins Auge sehen. Denn vielleicht ist der volle Ruin Deutschlands gerade die Absicht.

Erworben werden, wir sagten es schon, können die Devisen nur durch Ausfuhr deutscher Güter. An diesen Satz muß eine zweite Betrachtung anknüpfen. Wer hat oder produziert denn die auszuführenden Güter? Wem fließen also die Devisen zu? Nicht dem Reich, sondern den privaten Wirtschaftern im Reich. Von ihnen muß der Reichsfiskus die Devisen kaufen und mit Papiermark bezahlen. Diese Papiermark wird sich der Reichsfiskus möglichst weitgehend durch neue Steuern zu beschaffen suchen. Das deutsche Volk, das jetzt erst halb weiß, was Steuerdruck heißt, wird es noch ganz erfahren. Aber diese Einkünfte des Fiskus werden zur laufenden Beschaffung von Devisen im Betrag von 500 Millionen Goldmark nicht reichen, die Notenpresse wird die Ergänzung zu liefern haben. Die Steigerung der inflatorischen Wirkungen dieser erzwungenen Währungspolitik wird über das uns bisher bekannte Höchstmaß noch hinausgehen müssen. Ueber diese Aussichten darf auch die gegenwärtige verblüffende Stabilität der Markvaluta nicht hinwegtäuschen. Die Marschroute der deutschen Finanz- und Währungspolitik ist festgelegt: es gibt kein Ausweichen mehr vor dem bestimmenden Einfluß der Reparationsverpflichtungen. In ihren Dienst in erster Linie sind die Einnahmen und der Besitz des Reiches gestellt; eine freie Kreditbeschaffung im Auslande muß also an dem Mangel an verpfändbaren Werten ein großes Hindernis finden.

Es besteht also zwischen der Markvaluta und dem Kurs der Reparationsschuldverschreibungen ein verhängnisvoller Zusammenhang, obwohl diese letzteren kein internationales Geld, sondern eine Handelsware — allerdings von noch zweifelhafter Begehrtheit — sind. Dieser Zusammenhang ist leicht verständlich, weil auch das Geld jedes Landes, also auch die Markvaluta, im Ausland kein Geld, sondern Ware ist, die wie jede Ware zu wechselndem Preis gekauft und gehandelt wird. Der richtige Sachverhalt läuft also auf das Gegenteil dessen hinaus, was Loucheur den respektvollen Pressevertretern gesagt hat. Nicht nur sind die Reparationsschuldscheine nicht Geld, sondern auch die Markdevise ist an den Stellen, die in Frage stehen, nämlich an den nichtdeutschen Börsenplätzen, kein Geld, sondern eine Ware. Die Preise beider beeinflussen sich, und Deutschland hat den Schaden. Es bleibt dem deutschen Volke nur der eine Trost, daß der durch die Verzinsungsmöglichkeit bedingte Wert und Preis der Schuldscheine ganz abhängig ist von der die nötigen Devisenbestände schaffenden deutschen Ausfuhr und daß darin ein gewisser Schutz vor Ueberspannung der Reparationspflicht durch Deutschlands Gläubiger liegt.

Briands Politik vor der Kammer.

Paris, 25. Mai. Der 4. Tag der Beratung der Interpellation über die auswärtige Politik in der Kammer begann mit einer Rede des Abg. Noblemaire, der an erster Stelle die Lage in Oberschlesien besprach. Frankreich müsse bekanntgeben, daß es mit England Freundschaft halten wolle auf dem Fuße der Gleichheit, aber man soll nicht mehr sagen dürfen, die französischen Staatsmänner seien im Schlepptau Englands. Der Redner besprach alsdann die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen Frankreichs zum Vatikan und ging dann zur Wiederaufbaufrage über. Die Wiederaufbaufrage sei nur zu lösen unter der Mitarbeit aller. Dann ging er über zu den Schwierigkeiten einer Besetzung des Ruhrgebiets. Er sagte, man wisse nicht, ob man nicht genötigt sei, bis zur Elbe oder zur Oder vorzurücken. Wenn man aber Gewalt anwenden müsse, um dem Recht zum Siege zu verhelfen, dann dürfe man dieses Mittel nur gebrauchen im Falle der äußersten Not. Noblemaire empfahl schließlich ein Zusammenarbeiten mit Deutschland.

Hierauf ergriff Ministerpräsident Briand das Wort, er erklärte, man habe die erforderlichen Maßregeln getroffen u. wenn Deutschland sich morgen seinen Verpflichtungen entziehen wolle, dann werde Frankreich das Nötige ausführen. (Beifall.) Er hoffe, daß nun endlich das Land Fühlung mit den Realitäten nehme. Man befinde sich jetzt einem Schuldner gegenüber, der erkläre, daß er die Bedingungen Frankreichs annehme. Man besitze die nötige Kraft, um zu handeln. Man halte sie in Reserve. Briand fragte, ob es nicht zur Ehre Frankreichs gereiche, wenn es selbst seine Mäßigung anerkenne. Es sei eine gute Politik; man müsse an ihr festhalten. (Diese Erklärung des Ministerpräsidenten fand einmütigen Beifall. — Abg. Peyroux erklärte sich von ihr befriedigt.) Es sprach alsdann Abg. Locotte von der äußersten Rechten, der sich gegen die englische Politik wandte, was eine Kritik des Kammerpräsidenten hervorrief.

Das Wort ergriff alsdann der Abg. Joseph Barthelemy der erklärte, man müsse das Ultimatum, das Deutschland angenommen habe, als ernstes Ereignis ansehen. Er fand es nicht richtig, daß man sich der Reparationskommission bediene, um eine Scheidewand zwischen Regierung und parlamentarischer Verantwortlichkeit aufzurichten. Hierauf erklärte Briand, das sei nicht eine Gewohnheit, aber er habe ja der Kammer erklärt, daß, wenn man zum Vertrag zurückkehre, das nicht nur Vorteile bringe, enthalte doch der Vertrag einen Paragraphen, der der Reparationskommission das Recht gebe, einen Teil der deutschen Schuld zu stunden und Abänderungen an den Zahlungsbedingungen vorzunehmen. Abg. Barthelemy sagte, Ministerpräsident Briand habe die Kammer vor ein fait accompli gestellt. Briand widersprach und sagte, heute sei ja die Kammer souverän. Sie könne ihre Verantwortlichkeit übernehmen. Abg. Barthelemy erkannte die Richtigkeit des Standpunkts des Ministerpräsidenten an, aber er wollte Aufklärung darüber, ob das Londoner Abkommen in Zukunft Sanktionen vorsehe, im Falle Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfülle. Darauf gab Ministerpräsident Briand folgende Erklärung ab: „In London haben wir eine Erklärung abgegeben, die Deutschland mitgeteilt werden mußte und die alle Verfehlungen des Schuldners feststellte. Es war genau bestimmt worden, daß Deutschland mit einem Ja oder einem Nein antworten müsse. Und wenn eine der Bedingungen zurückgewiesen würde, würden die Alliierten alle ihre militärischen und maritimen Mittel bereitstellen, um Genugtuung zu erlangen. Jetzt frage man, was geschehen werde, wenn Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfülle. Man frage, ob eine neue Zusammenkunft des Obersten Rats nötig sei, bevor man die Sanktionen ausführe. Wenn es sich um eine Verfehlung handle, von der in der Erklärung von London die Rede sei, dann ja, denn das sei eine Notwendigkeit des Vertrags. Wenn also eine deutsche Verfehlung nach der Erklärung von London festgestellt sei, dann werde die französische Regierung an die englische und die belgische Regierung telegraphieren und ihren Willen zum Handeln aussprechen und sie ersuchen, das Gleiche zu tun. Durch dieses Telegramm würden die Verbündeten in den Stand gesetzt, mit Frankreich zu handeln. (Von der rechten Seite wurde gerufen: Wenn sie nicht marschieren?)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Briand sagte fort: Ich will nicht einmal annehmen, daß auch ein einziger von ihnen sich der vorgesehenen Sanktionen entziehen will. Wenn wir gestern infolge einer Verfehlung Deutschlands eine Sanktion ins Auge hätten fassen müssen und die Städte Ruhrort, Düsseldorf und Duisburg besetzt hätten, hätten die englische und die belgische Regierung sogal den Befehl erteilt, daß ihre Truppen sich den französischen anschlössen. Ich habe nicht das Recht, daran zu zweifeln, daß es morgen nicht ebenso sein wird. (Beifall.) Dann könne Frankreich aus eigenen Mitteln handeln, also allein vorgehen, ohne dadurch gegen seine Verbündeten zu handeln. Das sei der große Unterschied zwischen der Politik der Regierung und einer anderen Politik, die verkündet worden sei.

Abg. Barthelemy erklärte: Die in London vorgesehene Zahlungsweise und das Annuitätensystem müßten einer Prüfung unterworfen werden. Er glaube, daß Deutschland versuche, seinen Export zu verschleiern. Er glaube auch, daß es sehr schwer sein werde, die Obligationen unterzubringen. Selbst Loucheur habe zugegeben, daß es schwierig sei, einige Milliarden von Amerika zu erhalten, wenn diese Obligationen als Garantie dienten. Sei es dann nicht noch viel schwieriger, einige Milliarden von Deutschland zu erlangen?

Zwischen dem Redner, dem Ministerpräsidenten und dem Abg. Tardieu entstand eine Diskussion über die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden. Nach dieser Rede wurde die Weiterberatung auf Donnerstag nachm. 3 Uhr vertagt.

Das Vertrauensvotum für Briand gesichert.

Berlin 26. Mai. Die Rede Briands hat in Pariser parlamentarischen Kreisen einen günstigen Eindruck gemacht und nach französischer Auffassung wesentlich zur Entspannung der Lage beigetragen. Dieser Erfolg Briands wird, wie Pariser Meldungen sagen, um so höher eingeschätzt, als die Kammer bei Beginn der Sitzung sich in fieberhafter Erregung befand, und sich eine starke Strömung gegen Briand bemerkbar machte. Die Mehrheit gilt als für Briand gesichert.

Reichskanzler Wirth über das Ultimatum.

Auf der Durchreise nach Freiburg, hat Reichskanzler Wirth in Karlsruhe den Behörden einen Besuch abgestattet und eine Ansprache gehalten, in der er u. a. ausführte, wir dürfen den Glauben an uns selbst und an unser Wiedererstarken nicht aufgeben, die ganze Welt glaube an die wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes.

Was das Ultimatum betreffe, habe man Ja gesagt, um der Freiheit willen. Man könne sich nichts Schrecklicheres denken, als das ganze große Industriegebiet Deutschlands, Rheinland und Westfalen, unter die Gewalt fremder Bajonette gestellt zu sehen. Er glaube, daß die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die Arbeiterschaft von Rheinland und Westfalen selbst uns dankbar sein wird, weil ihr dadurch die Möglichkeit gegeben sei, in freier Arbeit als freie politische Staatsbürger das deutsche Volk gerade an der Stelle retten zu helfen, wo es am verwundbarsten ist."

Dann fuhr er fort: Wohl weiß ich, daß das Ja Unbarmherziges in sich schließt. Es muß darum an den Willen aller appelliert werden, die überhaupt den Gedanken der Freiheit in sich aufnehmen können. Die Waffen werden wir nun werden Teil auf Teil niederlegen müssen. Um so mehr werden wir jetzt angesichts der kommenden Monate und Jahre den Standpunkt des Rechts für das deutsche Volk betonen.

Von diesem Gedanken ausgehend, habe ich auch im Reichstag erklärt, daß es für uns unerträglich wäre, wenn die oberschlesische Frage durch die Diktatur eines polnischen Insurgenten gelöst werden sollte. Wir verlangen, daß das durch den Friedensvertrag, der uns doch wahrhaft an Freiheiten und Rechten kaum etwas gibt, gewährte Recht zur Geltung kommt, wonach das Plebiszit in Oberschlesien als Ausdruck des intimsten demokratischen Lebens in Deutschland von allen Völkern geachtet werden muß. Wenn Europa nicht aufs neue einem Völkerbrand ausgesetzt werden soll, ist es unerläßlich, so habe ich erklärt, daß die Gegner mit uns ein faires Spiel treiben. Wir haben das Echo gehört, das insbesondere aus England gekommen ist, daß mit Deutschland ein faires Spiel getrieben werden soll. Wir nehmen das Wort auf. Wir wollen unsererseits zeigen, daß wir gewillt sind, aufrichtig und ehrlich auf klar vorgezeichneter Bahn Politik zu führen, unterstützt von dem größten Teil unseres Volkes.

In den nächsten Wochen kommen die Beratungen des Reichstags. Sie werden neue Belastungen uns aufzeigen müssen. Alle Kreise werden Opfer bringen müssen. Ich weiß nicht, ob alle Kreise des deutschen Volkes während des Krieges und nach dem Kriege wirklich Opfer gebracht haben. Wenn man da und dort durch die deutschen Lande geht und den frechsten Luxus — es gibt keinen anderen Ausdruck dafür — sich breit machen sieht, dann darf man füglich verlangen, daß in der beginnenden Zeit der Arbeit, wo der Hammer entscheidet, der auf den Amboß niederfällt, wo die Pflugschar entscheidet, die den Acker durchzieht, alle Kreise unseres Volkes sich, was Lebenshaltung betrifft, in solchen Bahnen bewegen, wie es erträglich ist gegenüber den Leistungen, die alle auf sich nehmen müssen. Ich glaube, so ist eine Bahn möglich, die zur Freiheit führt. Ich rufe also nicht auf zum Schmieden neuer Waffen, sondern ich rufe auf zu einem Bekenntnis des Rechts und einem Bekenntnis zu ehrlicher, freier und großer Arbeitsleistung.

Kleine politische Nachrichten.

Großkolumbien.

In aller Stille hat sich im nördlichen Südamerika ein politisches Ereignis von Bedeutung vollzogen, das in Europa noch nicht gewürdigt wurde, nämlich die Vorbereitung zur Vereinigung der drei Republiken Ecuador, Venezuela und Columbien zu einem Staatswesen, wie die Vereinigten Staaten von Mittelamerika. (Honduras, Nicaragua, San Salvador, Costarica und Guatemala.) Der neue Staat wird etwa 2 698 000 Quadratkilometer umfassen. Der größte Bundesstaat ist Columbien mit 1 400 000 Quadratkilometer und 7 Millionen Einwohnern. Dann folgen Venezuela mit etwa 1 002 000 Quadratkilometern und 2 043 000 Einwohnern und Ecuador mit 296 000 Quadratkilometer und 1 500 000 Einwohnern. Zwischen diesen beiden Staatenvereinigungen (Mittelamerika u. Großkolumbien) liegt dann isoliert Panama das seinerzeit durch Nordamerika von Columbien losgerissen wurde. Durch diese Staatenbildung wurden Gebiete wieder vereinigt, die nach der Losreißung vom Mutterland im Bürgerkrieg getrennt wurden. Es ist klar, daß die Vereinigung dieser Länder für alle drei bedeutende wirtschaftliche Vorteile hätte. Sie richtet sich aber auch insofern gegen die Politik der Vereinigten Staaten von Nordamerika, als sie der Vergewaltigung der einzelnen schwachen Republiklein ein Ziel setzt. Der Führerstaat Columbien ist aus begreiflichen Gründen ohnehin von einer lebhaften Abneigung gegen Nordamerika erfüllt. Columbien hat seit etwa 12 Jahren eine katholische Regierung. Der jetzige Präsident heißt Suarez und ist ein bedeutender Rechtsgelehrter.

Vom internationalen Schiedsgericht in London.

London, 26. Mai. Der Vollzugsausschuß des internationalen Schiedsgerichts in London hat eine Entschließung angenommen, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, die britische Regierung werde nicht zulassen, daß Deutschland aus irgend welchen Zweckmäßigkeitsgründen der Ergebnisse der großen Mehrheit beraubt werde, die sich bei der Volksabstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ergeben habe.

Die englischen Postgebühren.

London, 26. Mai. Der Generalpostmeister teilte im Unterhause mit, daß ab 13. Juni die Postgebühren erhöht werden und zwar für Postkarten für das In- und Ausland von 1 auf 1½ Pence, für Auslandsbriefe von 2½ auf 3 Pence.

Unruhige Stimmung in Sowjet-Rußland.

Stockholm, 25. Mai. Seit einigen Tagen kommen wieder über Helsingfors Meldungen über eine erneute unruhige Stimmung in Sowjet-Rußland. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiken sollen wieder lebhaft Agitation betreiben. Die Sowjetblätter warnen davor, und die Regierung verschärfe die Ueberwachung unter den Arbeitern. In Petersburg und Moskau sollen die Unruhen wegen des großen Mangels an Lebensmitteln besonders lebhaft sein und deshalb sei in Petersburg am 1. Mai der Belagerungszustand erklärt worden. Weitere Meldungen berichten über Bauernaufstände in Sibirien, wo die Sowjettruppen schwere Niederlagen erlitten haben und die Aufständischen im Vordringen auf die Stadt Tomsk sein sollen. Das Rostabüro dementiert alle diese Mitteilungen. Die Sowjetregierung dürfte jedoch in Anbetracht des wieder sehr empfindlichen Mangels an Lebensmitteln in den großen Städten heute leichter als je Putschgefahren ausgesetzt sein.

Vorerst keine Aufhebung der Sperrmaßnahmen.

Berlin, 25. Mai. Aus Mainz wird berichtet, ganz im Gegensatz zu der durch die Annahme des Ultimatums bedingten Aufhebung der Sanktionen wird die Sperre am Rhein noch in letzter Zeit verstärkt. Die Gütersperre wurde neuerdings durch das Verbot der Beförderung von Expreßgut zwischen dem gesamten hessischen Brückenkopf Mainz und dem übrigen Deutschland verschärft.

Zusammenkunft deutscher Zeitungsverleger.

Nürnberg, 26. Mai. Gestern fand hier die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, der auf ein 27jähriges Bestehen zurückblicken kann, statt. In einigen [illegible] und Erörterungen trat die Papierfrage als besonders wichtige und schwierige Angelegenheit hervor. Die Beratungen über das Nachrichtenwesen und wichtige journalistische Fragen, sowie über das Post- und Telegraphenwesen in seinen speziellen Zusammenhängen mit dem inneren und äußeren Wesen der Presse erstreckten sich über den ganzen Tag. Als Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Hamburg gewählt.

Tarifverbilligung für den Versand von Lebensmitteln

Berlin, 26. Mai. Die ständige Tarifkommission hat vor wenigen Tagen die Frage erörtert, in welchem Umfange die Tarife für den Versand von Lebensmitteln ermäßigt werden sollen. Vorschläge hierfür werden dem Reichsverkehrsminister in allernächster Zeit vorgelegt werden. Der Minister hat bereits jetzt angeordnet, daß die Tarife für den Versand von Seefischen ermäßigt werden. Bei weiten Entfernungen werden die jetzigen Frachtsätze auf etwa ein Drittel herabgemindert werden. Der Reichsverkehrsminister beabsichtigt auch für eine Reihe von anderen Lebensmitteln Tarifermäßigungen zuzulassen.

Welternteaussichten.

Bis jetzt hat man über die Felder nichts Ungünstiges gehört. Im Winter- und Sommergetreide sind die Felder bis jetzt ziemlich vielversprechend. Die Nachrichten über die Ernteaussichten im Ausland lauten zwar nicht mehr so einheitlich günstig wie noch vor einigen Wochen. Wir haben in den Vereinigten Staaten bis jetzt eine zwar recht befriedigende, aber doch vielleicht nicht mehr ganz so große Ernte zu erwarten, als man zu Beginn des Frühjahrs angenommen hatte. Ueber die Saatenstandsverhältnisse des Frühjahrsweizens in Canada hat man nur gutes gehört. Man nimmt an, daß die neuerliche Kälte dort ernsteren Schaden nicht angerichtet hat. Von Argentinien wurde neulich durch eine Reuterdepesche behauptet, daß sich dort noch rund 2½ Millionen Tonnen Weizenüberschüsse im Lande befinden, die für die nächsten Monate dem europäischen Bedarf zugute kommen dürften. Von Indien meldet die erste amtliche Ertragsschätzung mit 6¾ Millionen Tonnen Weizen ein Ergebnis, das hinter der letztjährigen Ernte von rund 10 Millionen Tonnen um 30 Proz. zurücksteht. Bestätigt sich dieses ungünstige Ergebnis, so ist wahrscheinlich von Indien größerer Zuschuß für Europa bis zum nächsten Jahr nicht zu erwarten. — In Europa sind die Ernteaussichten noch durchschnittlich befriedigend. In England lauten die Urteile günstig, wenn auch neuerdings durch kältere Witterung die Saaten im Rückstand geblieben sind. In Frankreich hat der offizielle Saatenstandsbericht auf April den Aussichtsstand des Wintergetreides schlechter angegeben, als vor einem Jahr. Indessen haben sich infolge der günstigen Wetterverhältnisse die Aussichten beträchtlich gebessert. Von Nordafrika lauten die Urteile über die Ernte vorwiegend günstig, wenn auch in Algier durch Hagelstürme, in Tunis durch Frost manche Nachteile entstanden sind. Im allgemeinen rechnet man dort auf Ueberschüsse, die hauptsächlich Frankreich zugute kommen. Bis jetzt sind demnach die Gesamtaussichten der Welt für Brotgetreide befriedigend, doch hängt es natürlich von der Gestaltung der Witterung ab, ob sich die bisherigen Hoffnungen erfüllen werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 27. Mai 1921.

* **Uebertragen** wurde u. a. je eine ständige Lehrstelle an der evang. Volksschule in Gültlingen dem Unterlehrer Adolf Kaufmann in Entringen OA. Herrenberg, in Neipperg OA. Brackenheim dem Seminarunterlehrer Otto Heinzelmann in Nagold.

* **Schwäbische Volksbühne.** Wie bereits angezeigt, kommt morgen abend 7 Uhr in der Seminarturnhalle Goethes Meisterwerk „Faust" zur Aufführung. „Faust" ist das größte und zugleich deutscheste Werk unserer heimischen Dichtkunst. Es ist aber auch die reifste und umfassendste Arbeit deutschen Geistes auf dem Gebiete der Kunst. Es gibt kein zweites Werk, das alle Fragen des menschlichen Lebens, Strebens und Geistes so eigründend umfaßt, das so viele tiefe und tiefste Lebensweisheit enthält und zugleich solche Vollendung in Form und Aufbau erreicht. „Faust" ist Goethes Lebenswerk im wahren Sinne des Wortes; er hat seinen Geist durch sein ganzes Leben beschäftigt; er ist der Gipfel und die Krönung seines dramatischen Schaffens. Im Spielplan des deutschen Theaters hat sich „Faust" einen dauernden Platz erworben. Aus deutschem Geist und deutschem Gefühlsleben geboren, wächst das Werk in seiner alles umfassenden Größe weit über jede nationale Beschränkung hinaus und hat in der ganzen Welt Bewunderung und unvergleichliche Wirkung hervorgerufen. So ist „Faust" heute Besitz der ganzen Welt geworden und doch bleibt es vielleicht gerade wieder den Deutschen vorbehalten, das Faustproblem in seiner ganzen Tiefe und Bedeutung zu erfassen und zu empfinden. Und so bleibt das Werk neben seiner weltumfassenden Bedeutung im engeren Sinne Eigentum deutscher Kultur und deutschen Geistes. Es ist der Schlüssel zu deutschem Wesen und deutscher Art.

* **Kauf.** Das den Erben des verst. Buchbindermeister Wolf gehörende hälftige Haus mit Scheuer am Marktplatz ist durch Kauf in den Besitz des Schriftsetzers Merk übergegangen. Der Kaufpreis beträgt 18 000 ℳ.

* **Verkehr mit Milch.** Laut Staatsanzeiger vom 25 Mai tritt ab 1. Juni eine Verfügung über den Verkehr mit Milch in Kraft. Sie behandelt u. a. Milchlieferungsverträge, Ausfuhr von Milch und Milcherzeugnissen aus Württemberg, die Art der Verteilung an die Bevölkerung, den Handel mit Milch und die Verarbeitung mit Milch. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Verordnung erlöschen eine Reihe von früheren Verordnungen, nämlich die vom 4. Dez. 1916 betr. die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch, und die vom 1. Februar 1917 betr. Verarbeitungsmilch und Milcherzeugnisse aus landwirtschaftlichen Betrieben, außerdem die vom 3. April 1917 betr. den Verkehr mit Zentrifugen und Butterschlinen, ferner 5 Verordnungen vom 2. Mai 1917 über Speisefette, Molkereibutter, Fettverteilung im Großen, Fettverteilung im Kleinhandel, Verkehr mit Speisefetten und die Regelung des Verbrauchs, endlich noch 3 vom 8. April 1921 über Höchstpreise für Milch, über Butterpreise und über Käse, Quark, Molkenmarkt und ähnliche Erzeugnisse.

* **Rückgang der Weltteuerung.** Die Großhandelspreise aller Länder, in denen Statistiken geführt werden, haben seit Beginn dieses Jahres einen zum Teil ganz erheblichen Rückgang erfahren. Der Höhepunkt der Weltteuerung war für das Ausland durchschnittlich im April und Mai 1920 erreicht. Verglichen mit den damaligen Höchstziffern sind die Großhandelspreise n. Berl. Lok.-Anz. in den einzelnen Ländern im ersten Vierteljahr, wie folgt, gefallen: In den Vereinigten Staaten im April 1920 von 225 bis im Februar 1921 auf 129, in England von 306 auf 192, in Frankreich von 588 auf 376, in Italien von 664 auf 611, in Holland von 297 auf 201, in der Schweiz auf 228, in Dänemark auf 280, in Schweden von 354 auf 250, in Norwegen von 354 auf 319 und in Japan von 300 auf 195 Punkte.

* **Blühende Trauben.** Aus verschiedenen Gegenden des Landes wird gemeldet, daß da und dort an den Kammerzen die Trauben bereits blühen. — Gewiß im Mai eine Seltenheit.

* **Reiche Heidelbeerernte in Aussicht.** Aus dem Odenwald und aus dem Spessart wird gemeldet, daß die Heidelbeeren sehr gut blühen und daß daher mit einer reichen Ernte gerechnet werden darf. Wir fürchten nur, daß die köstlichen Beeren, bis sie auf unseren Märkten erscheinen, so teuer geworden sind, daß der einfache Mann diese Volksfrucht trotz der voraussichtlich reichen Ernte nicht kaufen kann.

* **Die Süddeutsche Einkaufsgenossenschaft für Kurz-, Weiß- und Wollwaren e. G. m. b. H. Stuttgart** hat nun, nach Eintragung ins Genossenschaftsregister, ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie bezweckt den gemeinschaftlichen Einkauf, die Unterhaltung eines Großhandelshauses und die sonstige Förderung der Interessen ihrer Mitglieder. Dieser Verband unterstützt die Detaillistenschäfte der Textilbranche, welche in einer wohlgeordneten Organisation die Vorteile des Großbetriebs genießen wollen.

* **Die neuen Freimarken.** Wie vom Reichspostministerium mitgeteilt wird, beginnt die Reichsdruckerei jetzt mit der Versendung der ersten neuen Freimarken mit den Werten zu 5, 10 und 30 Pfennigen. Die neuen Marken, die bekanntlich den Dienstmarken gleichen, sind in Buchdruck auf weißem, mit dem bisherigen Wasserzeichen der Germaniamarken versehenen Papier hergestellt. Die Fünfzigpfennigmarke ist in rotlila, die Zehnpfennigmarke in grünoliv und die Dreißigpfennigmarke in grün hergestellt. Außer diesen drei Werten in gleichem Muster werden Marken zu 15, 25, 40 und 50 ℳ ausgeführt. Die Farben sind grünblau für den Wert von 15 ℳ, rotbraun für den Wert von 25 ℳ, dunkelorange für den Wert von 40 ℳ und lila für den Wert von 50 ℳ.

* **Vorbildlicher Beschluß.** Auf dem Jugendtag der Wehrlogen des Deutschen Guttempelerordens, der über Pfingsten in Jena stattfand, wurde von der Tagung (1500 junge Menschen) folgende Entschließung gefaßt: „Wir deutschen Wehrtempler arbeiten mit unserer ganzen Kraft an der Gesundung und Erstarkung unseres Volkes. Das kann nur von Erfolg sein, wenn unser Volk freiwillig auf alle unnötigen u. schädlichen Genüsse verzichtet. Wir fordern alle unsere Volksgenossen, besonders aber jeden, der noch jung und ungebrochen ist, zu dieser Tat auf. Wir rufen ihnen zu: Entsagt freiwillig und freudig den Rauschmitteln, Alkohol und Tabak, lehnt allen Schund und Schmutz ab, ob er in Literatur, Kino, Theater zu finden ist. Aus der Erkenntnis, daß die Lebensweise des Einzelnen auf die Sitten und die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten des ganzen Volkes den gewaltigsten Einfluß hat, wollen wir deutschen Jünglinge und Mädchen in allem eine einfache und natürliche Lebensweise führen, und erklären gleichzeitig, daß wir im öffentlichen Leben, Schule,

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

... und Bezirk.

Nagold, 27. Mai 1921.

Beruf und Staat nur diejenigen als unsere Führer achten können, die zu gleicher verantwortlicher Lebensführung entschlossen sind."

* **Gegen das Juristendeutsch.** Gegen das schlechte Juristendeutsch wendet sich in seinem Jahresbericht der Präsident der Justiz-Prüfungskommission in Frankfurt a. M. Bei der Bearbeitung der Rechtsfälle trete auch in häuslichen Arbeiten noch immer recht häufig eine bedauerliche Neigung zur Bildung verzwickter, das Verständnis erschwerender Schachtelsätze, zur unnötigen Verwendung von Fremdwörtern und Fachausdrücken hervor. Jeder Referendar sollte, sagte er, bei Sachdarstellungen wie bei rechtlichen Erörterungen auf eine klare, einfache, deutsche Ausdrucksweise Bedacht nehmen, sich daran gewöhnen, den für Parteien bestimmten Entscheidungen eine gemeinverständliche Fassung zu geben, also Fachausdrücke die nicht allgemein bekannt sind, zu vermeiden.

17. Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie, 5. (Hauptklasse) 11. Ziehungstag. (23. Mai 1921). Auf Württemberg gefallene Gewinne: 5000 M auf Nr. 177834. 3000 M auf Nr 43980, 186390, 186743, 206178. 1000 M auf Nr. 64639, 172147, 174929, 187083, 188118, 212243, 228008, 237448. 500 M auf Nr. 30738, 31812, 64643, 174697, 177425, 177678, 177685, 177828, 178090, 178105, 181176, 186659, 187041, 187605, 195288, 204570, 222910, 228120, 237577. Außerdem 228 Gewinne zu 300 M. (Ohne Gewähr.)

Unfall. Altensteig, 26. Mai. Der an dem Neubau des Herrn Otto Kaltenbach, Silberwarenfabrikanten hier, beschäftigte verheiratete Zimmermann Fritz Flaig von Berneck stürzte bei den Aufrichtungsarbeiten ab und erlitt dadurch einen schweren Schädelbruch.

(*) **Kriegerdenkmal in Sulz.** Am Sonntag den 29. Mai findet hier die Einweihung des Kriegerdenkmals für die hiesigen Gefallenen statt. Die Angehörigen der Gefallenen, sowie die örtlichen Behörden und Vereine sammeln sich um 1 Uhr beim Schulhaus. Etwaige Besucher von auswärts werden gebeten, sich diesem Zug anzuschließen.

Württemberg.

Die Sozialdemokratie und die württ. Regierung.

r Stuttgart, 25. Mai. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Regierung hat sich in Reich und Land geändert. Die württ. Sozialdemokratie hat auf ihrer Landeskonferenz beschlossen, daß auch in den Ländern eine der neuen Reichsregierung entsprechende Vertretung des sozialdemokratischen Volksteils an der Regierung beteiligt sein müsse und hat sich weiter mit der württ. Regierung beschäftigt. Von einer Kabinettskrise zu sprechen, ist indessen verfrüht. Die Sozialdemokraten haben bis zur Stunde keinen der möglichen Wege beschritten. Sie sind bis jetzt nicht an die Parteien herangetreten, sie haben bei der württ. Regierung keinen Wunsch geäußert, und sie haben auch nicht auf parlamentarischem Wege durch ein Mißtrauensvotum die Krise herbeigeführt. Sie sind überhaupt zurückhaltend und scheinen zu erwarten, daß die derzeitigen Regierungsparteien, an sie eine Einladung, wieder mitzumachen, ergehen lassen würden. Indessen scheint man in den Kreisen der Regierungsparteien (Zentrum und Demokratie) wohl der neuen Einstellung der Sozialdemokratie Rechnung tragen zu wollen, aber man hält auch hier an sich, nimmt eine beobachtende Haltung ein und will nicht den ersten Schritt machen.

Was die für den Fall eines Vorstoßes der Sozialdemokraten zur Verfügung stehenden Ministerstühle betrifft, so will zunächst das Zentrum dem Vernehmen nach unter allen Umständen an zwei Ministerämtern festhalten und auch an den bisherigen Ministern Graf und Bolz. Das Ministerium des Herrn Graf wird ja so wie so aus verschiedenen Gründen für die Sozialdemokraten weniger in Betracht kommen.

Dagegen kommen in Frage das Arbeits- und Ernährungsministerium und wie neuerdings verlautet, auch das Finanzministerium. Letzteres wäre in hohem Grade bedauerlich. Denn wir verlören dabei in Herrn Liesching (D.d.P.) der bis jetzt das Finanzministerium innehat, eine sehr wertvolle Kraft, die auszuschalten kein Grund vorliegt. Es mag ja sein, daß Finanzminister Liesching wegen seiner konsequent durchgeführten Sparsamkeitspolitik bis in die engeren Parteikreise hinein sich nicht überall der früheren Beliebtheit erfreut. Aber das wird das Los eines jeden Finanzministers sein, der nicht gesonnen ist, die immer noch zahllosen Anwärter an die Futterkrippe heranzulassen. Eine andere Frage ist nun noch die, was für Männer die Sozialdemokratie überhaupt zu einer etwaigen Besetzung aus ihren Reihen zu stellen im Stande ist. Herr Heymann dürfte kaum mehr in Betracht kommen. Dagegen ist die Frage die, ob Wilhelm Keil (Soz.) sich entschließt, in die Staatsregierung einzutreten, oder ob die Sozialdemokratie einen jüngeren Anwärter für ein Ministeramt besitzt. Eine Vertretung in der württ. Regierung hatte die Sozialdemokratie übrigens insofern bisher schon, als der Gesandte in Berlin, Reichstagsabgeordneter Hildenbrand, Sozialdemokrat ist und bei der überwiegenden Bedeutung der Berliner politischen Vorgänge die Vertretung Württembergs dort führt im Einverständnis mit der württ. Regierung, also eine Art Vertrauensposten der württ. Regierung. Ob, falls es in nächster Zeit zur Besetzung eines Ministeriums durch einen Sozialdemokraten kommt — es kann sich dann wohl nur um das Arbeitsministerium handeln — damit auch die geplante und angekündigte Neuorganisation der obersten Staatsbehörden verbunden wird, müssen wir abwarten. Der Wunsch der Sozialdemokratie, wieder tätig einzugreifen, ist nicht unberechtigt und verdient Anerkennung.

Vom Steuerausschuß.

r Stuttgart, 28. Mai. Der Steuerausschuß des Landtags setzte gestern seine Beratungen über den Gesetzentwurf betr. Aenderung des Sporteltarifs fort. Bei den Prüfungssporteln für Beamte wurde eine Aenderung dahin getroffen, daß diese Sporteln nach Besoldungsgruppen abgestuft und wie folgt festgesetzt wurden: für Gruppe IV—VI 40 M, VII—IX 80 M, Gruppe X und höher 100 M. Zu Nr. 71, Sportel bei Erteilung der Staatsangehörigkeit oder Entlassung daraus, beantragten die Unabhängigen Streichung der Erhöhung, was jedoch abgelehnt wurde. Bei Nr. 80, Ausstellung der Wandergewerbescheine, wurde auf Antrag des Bauernbunds mit 10 gegen 4 Stimmen (Soz.) eine Erhöhung der Sätze vorgenommen. Dazu fand ein Antrag Scheef Annahme: Soweit es sich um herkömmliche Wandergewerbebetriebe besonderer Art handelt, kann eine Ermäßigung stattfinden. Die von den Unabhängigen beantragte Streichung der Zeugnissportel wurde abgelehnt. In Art. 4 des Gesetzes werden die sogen. Verwaltungs- und Benutzungsgebühren neu eingeführt, wodurch die Behörden ermächtigt werden, für einzelne Amtshandlungen und für die Benützung der vom Staat in öffentlichem Interesse unterhaltenen Anlagen, Anstalten, Einrichtungen, Beratungsstellen u. a., Gebühren zu erheben. Die von Körner (B.P.) beantragte Streichung der „Beratungsstellen" wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt, dagegen beigefügt, daß die im Verordnungsweg zu erlassenden näheren Bestimmungen dem Landtag mitzuteilen sind. Ebenso wurde bei Art. 6, der das Staatsministerium ermächtigt, bei Aenderungen in der Gesetzgebung des Reiches oder des Landes die bestehenden Sportelsätze im Verordnungsweg zu ändern, eingefügt, daß die Aenderungen dem Landtag mitzuteilen sind. Nr. 80 des Sporteltarifs, der die Besportelung der sog. toten Hand betrifft, wird in der nächsten Sitzung am Freitag beraten. Im großen Ganzen ist also der Entwurf der Regierung, der die Sportelsätze, die im Jahr 1919 im allgemeinen um 100% erhöht wurden, um weitere 100—300% hinaufgesetzt, angenommen worden.

Zum Strafvollzug in Württemberg.

Nachdem die Verwendung des Festungsgefängnisses Ulm zum Vollzug gerichtlich erkannter Freiheitsstrafen sich als dauerndes Bedürfnis erwiesen hat, sind vom Justizministerium die seitherigen Bestimmungen über die Vollziehung der Freiheitsstrafen geändert worden. Die Gefängnisstrafe wird von erwachsenen Personen bis auf weiteres, wenn sie 8 Wochen nicht übersteigt, in den amtsgerichtlichen Gefängnissen (Bezirksgefängnissen), bei längerer Dauer von Personen männlichen Geschlechts in den Landesgefängnissen zu Hall und Rottenburg, in dem Festungsgefängnis Ulm, sowie in dem Zellengefängnis zu Heilbronn, von Frauenspersonen in Gotteszell verbüßt. Erwachsene Personen männlichen Geschlechts, welche beim Strafantritt das 18. Lebensjahr zurückgelegt aber zur Zeit der Tat das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, sind bei einer Strafdauer von weniger als 4 Monaten in das Landesgefängnis Rottenburg, bei einer Strafdauer von 4 Monaten bis 3 Jahren in das Zellengefängnis Heilbronn, bei einer Strafdauer von mehr als 3 Jahren in das Landesgefängnis Rottenburg einzuweisen; erwachsene Personen männlichen Geschlechts im Alter von 25 bis 30 Jahren in das Festungsgefängnis Ulm, erwachsene Personen männlichen Geschlechts von mehr als 30 Jahren in das Landesgefängnis Rottenburg. Die neue Verfügung tritt am 1. Juni in Kraft. Verurteilte, welche sich an diesem Tage bereits in einer Strafanstalt befinden, verbleiben dort bis zu ihrer Entlassung.

r **Die Last der Gewerbesteuer.** Stuttgart, 25. Mai. Im Geschäftsbericht der Daimler-Motoren-Gesellschaft wird über die württ. Steuergesetzgebung u. a. gesagt: Infolge der württ. Steuergesetzgebung und Steuerveranlagungspraxis ist die württ. Industrie, die schon wegen ihrer geographischen Lage schwer zu arbeiten hat, gegenüber der übrigen deutschen Industrie beispiellos vorbelastet. Bei den heutigen Löhnen und Gehältern geradezu unerträglich sei die württ. Gewerbesteuer. Für das Steuerjahr 1920 seien die Werke Untertürkheim und Sindelfingen, obwohl mehrere Verlustjahre zurückliegen, mit nicht weniger als 599759 M Gewerbesteuer veranlagt worden. Die württ. Steuerpraxis bedeute für das an sich gesunde Unternehmen die Unmöglichkeit eines gedeihlichen Arbeitens. Wenn nicht wesentliche Erleichterungen eintreten, müsse eine möglichst weitgreifende Verlegung der württemb. Daimlerbetriebe nach anderen Gegenden Deutschlands vorgenommen werden.

Neue Bestellungen

auf den **täglich** erscheinenden **„Gesellschafter"** werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

r **Militärversorgungsgericht.** Stuttgart, 26. Mai. Im Interesse der ungehinderten Abwicklung der Geschäfte beim Militärversorgungsgericht ist die Zahl der als Beisitzer zum württ. Militärversorgungsgericht zuzuziehenden, versorgungsberechtigten, aus dem aktiven Militärdienst ausgeschiedenen Personen bei der Kammer Stuttgart auf 60, bei den übrigen Kammern auf je 30 festgesetzt worden.

r **Eine Drohung.** Stuttgart, 26. Mai. Der Landw. Hauptverband hat eine erneute Eingabe an das Ernährungsministerium wegen vollständiger Freigabe des Viehverkehrs gemacht. Es wird darin die sofortige und restlose Freigabe verlangt. Dann heißt es weiter: Wenn nicht binnen ganz kurzer Zeit dem berechtigten Verlangen der Landwirte Rechnung getragen wird, wird der Gesamtvorstand des Landw. Hauptverbands die entsprechenden Folgen hieraus ziehen. Die württembergische und hohenzollerische Landwirtschaft ist nicht mehr gewillt, sich betr. des Viehverkehrs derartige Ausnahmebestimmungen auf die Dauer gefallen zu lassen, umso weniger, als lt. Staatsanz. Nr. 106 für sehr viele Erzeugnisse unserer Industrie die Ausfuhr nicht allein nach anderen Bundesstaaten, sondern sogar ins Ausland, ohne Ausfuhrbewilligung gestattet ist. Die gegen eine Oeffnung der Landesgrenzen für den Viehverkehr angeführten Gründe können wir nicht anerkennen.

r **Genossenschaftstagung.** Stuttgart, 26. Mai. Der Verband Landw. Genossenschaften Württemberg hält am 6. Juni hier im Siegleshaus seinen 40. Verbandstag ab. Dem Verband gehören 1863 landwirtschaftliche Genossenschaften mit 230000 Mitgliedern an.

r **Krankenkassenwahlen.** Stuttgart, 25. Mai. Bei den Ausschußwahlen zu der Ortskrankenkasse der Metzger entfielen 140 Stimmen auf den Vorschlag der Freien Gewerkschaften und 16 Stimmen auf den der Christlichen.

r **Mord und Selbstmord.** Stuttgart, 25. Mai. In Gablenberg hat am Dienstag abend der Hauptlehrer Lanzinger, der in Tuttlingen angestellt war und sich seit einigen Tagen hier aufhält, sein 11 Monate altes Kind durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzt und sich darauf selbst erschossen.

r **Keine Sommerzeit.** Stuttgart 25. Mai. Das Staatsministerium hat dem Landwirtschaftlichen Hauptverband auf eine Eingabe mitgeteilt, daß es kaum denkbar sei, daß die Reichsregierung die Einführung der Sommerzeit für heuer noch beabsichtige.

Eine Familientragödie. Am Mittwoch hat sich in Calw ein schweres Unglück ereignet. Eine Mutter und ihr Sohn sollen aus bis jetzt noch nicht genügend aufgeklärter Ursache in heftigen Streit geraten sein. Der Vater verließ während dessen das Zimmer. Kurz darauf wurden 3 bis 4 Schüsse nacheinander aus dem Hause wahrgenommen. Nachbarn u. der etwas später hinzugekommene Vater fanden die Frau im Hausgang tot am Boden, den Sohn auf dem Bett in seinem Zimmer durch einen Schläfenschuß lebensgefährlich verwundet. Er wurde in das Krankenhaus transportiert und ist bereits gestern Abend seinen Verletzungen erlegen. An der Frau wurden drei Schußwunden festgestellt. Es ist von ihr bekannt, daß sie hochgradig nervös und bereits zweimal in Tübingen zur Beobachtung und Behandlung in der Klinik war. Von seiten der Aerzte und der Krankenkasse ist wiederholt darauf gedrungen worden, die Frau von zu Hause zu entfernen und ihrem Zustand entsprechend unterzubringen. Am kommenden Dienstag hätte sie zum drittenmal nach Tübingen verbracht werden sollen.

r **Unfall.** Wildbad, 26. Mai. Der Sägenfeiler König verunglückte auf der Windhofsäge dadurch sehr schwer, daß ihm ein etwa 9 Zentimeter langer Holzsplitter unter dem linken Auge in das Gesicht eindrang. Außerdem wurde auch das rechte Auge beschädigt. König wurde, nachdem der Splitter von einem hiesigen Arzte entfernt war, zur weiteren Behandlung nach Pforzheim gebracht.

r **Ausgrabung.** Weilderstadt, 26. Mai. Der vor vier Wochen verstorbene und beerdigte Hafner Götz wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wieder ausgegraben, weil Gerüchte gingen, daß er keines natürlichen Todes gestorben sei. Die Untersuchung hat jedoch ergeben, daß der Verdacht unbegründet ist.

r **Amerikanerstiftung.** Sindelfingen, 26. Mai. Frau Minna Schmidt-Moscherosch in Chicago, eine gebürtige Sindelfingerin, hat dem Stadtschultheißenamt zum Wöchnerinnen- und Säuglingsheim-Fond die Summe von 13000 M überwiesen.

r **Steckbrieflich verfolgt.** Leonberg, 26. Mai. Der 21 Jahre alte Monteur Hugo Klinger von Backnang, der sich wegen Beihilfe zum schweren Diebstahl in Untersuchungshaft befand, ist flüchtig gegangen. Das Amtsgericht fahndet nach ihm.

r **Erdstoß.** Ebingen, 26. Mai. Gestern früh 6 Uhr 14 Minuten, war hier ein ziemlich beträchtlicher Erdstoß zu verspüren.

r **Landesschützenfest.** Göppingen, 26. Mai. Vom 11. bis 14. Juni findet hier das Landesschießen der württ. Schützenvereine statt. Man erwartet zahlreichen Besuch.

r **Holzlieferungen an die Entente.** Wie man der Frankfurter Zeitung schreibt, sind auf die durch den Reichskommissar veranlaßte Ausschreibung insgesamt nur etwa 20 Proz. der gesamten Holzmengen angeboten worden und zwar hauptsächlich nur aus Bayern und Baden. Man bot an 5000 Stück Schwellen, 47500 Telegraphenstangen, 111000 Kubikmeter Schnittholz und 7000 Kubikmeter Rundholz.

Vermischtes.

— **Berliner Ehescheidungszahlen.** Einen traurigen Einblick in die sittlichen Zustände weiter deutscher Volkskreise gewährt eine in Berliner Blättern mitgeteilte Statistik über die starke Zunahme der Ehescheidungen in Berlin während der letzten Jahre. Im Stadtkreis Berlin wurden 1910 1667 Ehen geschieden, 2916 waren es 1185, 1919 aber schon 2269 und seitdem haben sich die Verhältnisse immer mehr verschlechtert. Allein das Landgericht Berlin I, das allerdings für den größten Teil des Stadtbezirks zuständig ist, trennte im Jahr 1920 nicht weniger als 3159 Ehen. Die Zahl der Ehescheidungen macht ungefähr 12 Prozent der Eheschließungen aus. Im engeren Berlin werden, so darf man annehmen, täglich 10 Ehen geschieden. Das starke Anwachsen der Ehescheidungsprozesse hat bereits die Einrichtung besonderer Ehescheidungskammern erforderlich gemacht. Der weitaus häufigste Grund der Ehescheidungen ist Ehebruch. Die Hälfte aller zur Scheidung kommenden Ehen sind kinderlos.

— **10000 Pferde für Polen.** Eine polnische Sonderkommission ist nach Wiesbaden abgereist, um für Polen 10000 Pferde zu übernehmen und abzutransportieren, die während des Krieges von den Deutschen requiriert worden waren und gemäß dem Friedensvertrag an Polen zurückzuerstatten sind.

— **Trotzki an Krebs erkrankt.** Die Zeitung „Ca Narodnoje Djelo" meldet: „Trotzki ist an Krebs schwer erkrankt. Rußlands berühmteste Aerzte sind an sein Krankenlager gerufen."

— **Riesenausgaben der Stadt Köln.** In dem neuen Haushaltsplan der Stadt Köln für das Rechnungsjahr 1921 sind zur Fortführung der auf dem Wohnungsgebiet der Stadt liegenden Aufgaben insgesamt 150 Millionen Mark vorgesehen. Die Ausgabenseite des Haushaltsplans schließt mit nicht weniger als 1815246000 Mark gegen 910 Millionen im Vorjahr ab. Gestiegen sind unter anderem die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung um 72 Millionen, die für selbständige Aufträge um 161 Millionen, für Schulwesen um 61 Millionen Mark.

— **Eine Streikstatistik.** Nach dem Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten fanden in Württemberg im Jahre 1919 43 wirtschaftliche Streiks statt. Es wurden von ihnen 409 Betriebe betroffen und davon 326 zu völligem Stillstand gebracht. In den betroffenen Gebieten waren insgesamt 29644 Arbeiter beschäftigt. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden war 24401. Von den Streiks hatten 14 einen vollen, 27 einen teilweisen, und 2 keinen Erfolg für die Arbeiter. Einen vollen bezw. teilweisen Erfolg hinsichtlich der Lohnerhöhung brachten 21 Streiks. Im Jahre 1920 haben nach den vorläufigen Angaben 61 wirtschaftliche Streiks in zusammen 850 Betrieben sowie 5 Aussperrungen in 19 Betrieben stattgefunden. Die meisten Streiks betrafen das Bekleidungs-, das Transport-, das Baugewerbe, die elektrotechnischen Industrien sowie die Gärtnereien. Vorwiegend handelte es sich um Lohnforderungen, die in der Hauptsache einen vollen oder wenigstens einen Teilerfolg brachten. Die größte Arbeiterbewegung, die jemals durch Württemberg ging, war der politische Generalstreik wegen der Verweigerung des Steuerabzugs. Während vor der Stillegung des Untertürkheimer Werks rund 9200 Arbeitnehmer beschäftigt waren, sank die Zahl nach dem Generalstreik auf 4200. Der Betriebsrat, der vorher aus 12 Unabhängigen und 5 Kommunisten zusammengesetzt war, wurde neugewählt. Die Mehrheitssozialisten erhielten 12, die Christlichen Gewerkschaften und die Gewerkvereine je einen Sitz.

— **Drahtlos getraut.** Die erste auf drahtlosem Wege vollzogene Trauung ist kürzlich nach amerikanischen Blättermeldungen zu Detroit im Staate Michigan Ereignis geworden. Dort wurde in der Presbyterianerkirche ein Mädchen aus Detroit mit einem Matrosen ehelich verbunden, der sich an Bord des amerikanischen Kriegsschiffes „Birmingham" befand, das rund 1000 Meilen von dem Ort der Handlung entfernt an der kalifornischen Küste vor Anker lag. Um halb 12 Uhr, als es am Ankerplatz des Schiffes erst halb 9 Uhr vormittags war, verlas der Schiffsgeistliche die Trauformel, die auf drahtlosem Wege nach Detroit übermittelt wurde. Das Ja der vor dem Altar stehenden Braut wurde dann von dem Geistlichen der Kirche dem Telegraphenamt der Stadt telephoniert, das die Antwort an die drahtlose Station weitergab, von der aus sie auf drahtlosem Wege der „Birmingham" übermittelt wurde.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Letzte Drahtnachrichten.

Der Reichspräsident erkrankt.

Berlin, 27. Mai. Laut „B. L. A." hat sich der Reichspräsident gestern nachmittag zu ehrem dreiwöchigen Kuraufenthalt nach Bad Mergentheim begeben, weil er vor kurzem plötzlich von einem schmerzhaften Leiden befallen worden ist.

Falschmeldung.

Berlin, 26. Mai. Eine von Havas wiedergegebene Nachricht des „Echo de Paris", wonach der französische Botschafter in Berlin, Laurent, vorgestern mit Reichskanzler Dr. Wirth eine Unterredung gehabt habe, ist insofern unzutreffend, als es sich um eine Aussprache über laufende Angelegenheiten gehandelt hat.

Rathenau lehnt ab.

Dr. Walter Rathenau, mit dem bis in die letzte Zeit noch verhandelt worden war wegen Uebernahme des Wiederaufbauministeriums, hat in Hinsicht auf das Verhalten eines Teils der Presse, die Uebernahme des Ministeriums endgiltig abgelehnt.

Brand der Regierungsbaumwollager.

Alexandria, 26. Mai. Die Regierungsbaumwollager sind in Brand geraten. Sie enthielten ungefähr 10000 Ballen Baumwolle, die versichert sind.

Ein kommunistischer Landtagsabgeordneter verhaftet.

Berlin. Der frühere sächsische kommunistische Landtagsabgeordnete Weimer, gegen den die Dresdener Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl wegen Hochverrats erlassen hatte, ist nach einer Meldung des B. T. in Stuttgart verhaftet und nach Dresden gebracht worden, wo er in den nächsten Tagen abgeurteilt werden wird.

Um die Rheinstädte.

Paris, 26. Mai. Wie Oeuvre mitteilt, hat bei der gestrigen Unterredung mit Briand der englische Botschafter Lord Hardinge wegen der Aufrechterhaltung der Besetzung der Häfen des rechten Rheinufers, also der Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg durch französische u. belgische Truppen Vorstellungen erhoben.

Abrüstung zur See?

Washington, 26. Mai. Der Senat hat einstimmig den Zusatzantrag Borah über die Kredite für die Kriegsflotte angenommen. Darin wird Präsident Harding ersucht, eine englisch-amerikanisch japanische Konferenz zwecks Abrüstung zur See einzuberufen.

Der schadenfrohe Zuschauer.

Berlin, 27. Mai. Im B. T. schildert ein Oberschlesier das parteiische Verhalten des franz. Kreiskontrolleurs in Hindenburg. Trotzdem dem franz. Kreiskontrolleur mitgeteilt worden war, daß polnische Banden im Anrücken seien, lehnte derselbe jede Einmischung ab.

Systematische Zerstörung.

London, 26. Mai. Die Times melden aus Oppeln, daß die Polen mit der systematischen Zerstörung von Rosenberg begonnen haben. Die Polen wollen anscheinend den Deutschen in der Welt im allgemeinen einen Vorgeschmack davon geben, was sie aus dem oberschlesischen Industriegebiet machen würden, wenn man die Polen zwinge, es aufzugeben.

Immer noch Kämpfe.

Oppeln, 27. Mai. Ein starker poln. Angriff auf Landsburg wurde zurückgeschlagen. Um Malagano, Raschau und um den Bahnhof von Groß-Stein waren mittags noch Kämpfe im Gange. Bei Chenbowitsch ist poln. Artillerie aufgetreten. Zwei 10.5 Zentimeter Geschütze der Polen beschossen die Orte Kadau und Lenke. Südlich Kosel, längs der Oderufer bis Ratibor war lebhaftes Maschinengewehrfeuer. Die Bevölkerung ist sehr bedroht. Die Telephon- und Fernsprechverbindungen mit dem Industriegebiet sind gänzlich unterbrochen.

Die Kosten für die englischen Bataillone in Oberschlesien.

London, 27. Mai. Im Unterhaus erklärte Lloyd George, die Kosten für die britischen Truppen im oberschlesischen Abstimmungsgebiet fielen diesem Gebiet zur Last.

Sie beraten immer noch.

London, 27. Mai. Reuter erfährt, daß zwischen den Regierungen von Paris, London und Rom der Meinungsaustausch über die oberschlesische Lage noch anhält.

Aus der franz. Kammer.

Paris, 26. Mai. In der letzten Sitzung erklärte Briand auf eine Anfrage, er habe keine Antipathie gegen den Reichskanzler Wirth, aber er habe einige Mitarbeiter, die ihm nicht sympathisch seien. Er stellt sich die Frage, ob die deutsche Regierung, wenn sie auch den guten Willen zur Wiedergutmachung habe, auch die Macht haben werde, diesen guten Willen zu zeigen. Das oberschlesische Industriegebiet müsse erstens nach dem Ergebnis der Abstimmung und zweitens nach dem Gesichtspunkt der größten Wirtschaftlichkeit verteilt werden. Nach der Abstimmung fallen einige der reichsten Minengebiete an Polen. Dies sei auch der franz. Standpunkt. (Schluß morgen.)

Letzte Kurz-Meldungen.

Reichskanzler Dr. Wirth trifft heute wieder in Berlin ein.

Dem „Berliner Lokalanz." zufolge, ist der einzige Sohn Noskes, Egon Noske, der im Krieg schwer verwundet worden ist, an den Folgen der Verletzungen im Alter von 26 Jahren gestorben.

Die in den letzten Tagen in den Zeitungen wiederholt aufgetretene Behauptung, englische Offiziere hätten sich an den Kampfhandlungen auf Seiten des Selbstschutzes beteiligt, entspricht nicht den Tatsachen.

Bei einem großen Schadenfeuer in einer Lumpen- und Produktenhandlung in Hannover kamen drei Frauen und ein Mann ums Leben. Zwei Personen wurden verletzt.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Arnold ist in Leipzig einem Herzleiden erlegen.

Die Deutsche demokratische Partei erhob beim Reichskanzler die Forderung nach Vervollständigung des Staatskabinetts innerhalb bestimmter Zeit.

Die Vorbereitungen für die deutsche Gewerbeschau München 1922 haben begonnen.

Die französische Rheinarmee beträgt nach dem Voranschlag für 1921 3094 Offiziere und 84980 Mann, die vorgesehenen Besatzungskosten 558.6 Mill. Frs.

Die Völkerbundstagung zur Entscheidung über die Danziger Fragen wird auf den 17. Juni vertagt.

Im Generalrat in Marseille ist gestern ein Antrag der Sozialisten auf Revision des Friedensvertrags von Versailles mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt worden.

Nach einer Meldung des Petit Journal aus Boulogne sur Mer werden dort Vorbereitungen für die nächste Sitzung des Obersten Rates getroffen, die in den ersten Tagen des Juni stattfinden soll.

In der franz. Kammer wurde dem Ministerpräsidenten Briand mit 419 gegen 171 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die Werftarbeiter und die Angestellten der Eisenbahnwerkstätten in Kairo sind in den Ausstand getreten. Ein allgemeiner Eisenbahnerausstand droht.

In dem ersten Kriegsbeschuldigtenprozeß vor dem Reichsgericht in Leipzig wurde der Angeklagte, Sergeant Heynen aus Barmen, zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wie aus London gemeldet wird, ist dort die Untersuchungskommission für die finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs zusammengetreten.

In Aegypten droht ein allgemeiner Eisenbahnerausstand.

Mutmaßliches Wetter am Samstag und Sonntag.
Vielfach gewittrig, sonst trocken und warm.

Amtliche Bekanntmachung.

Schweinemarkt in Herrenberg.

Nachdem die Maul- und Klauenseuche im Oberamtsbezirk Herrenberg erloschen ist, können die an jedem Samstag, erstmals am 28. Mai 1921, stattfindenden Schweinemärkte unter nachstehenden Bedingungen wieder abgehalten werden:

1. **Aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen Schweine nicht zugeführt werden;**
2. Für alle zum Markt gebrachten Schweine sind **Ursprungszeugnisse** beizubringen. Tiere, für die solche Zeugnisse nicht beigebracht werden, werden zurückgewiesen;
3. Schweinehändler haben **amtstierärztliche** Gesundheitszeugnisse beizubringen;
4. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Auftrieb durch den beamteten Tierarzt untersucht werden. Vor dieser Untersuchung und außerhalb des Marktplatzes darf kein Handel, d. h. kein Feilbieten, kein An- und Verkauf von Tieren stattfinden;
5. Personen aus verseuchten Orten dürfen den Markt nicht besuchen;
6. Der Markt beginnt um 1/2 7 Uhr. 2447

Nichteinhaltung dieser Vorschriften wird bestraft. Zuwiderhandelnde werden außerdem vom Markt gewiesen.

Nagold, den 26. Mai 1921. Oberamt: Müng.

Oberamtsstadt Nagold.

Der Heugras-Ertrag

städtischer Grundstücke beim Gewerbeschulhaus und Schlachthaus rechts und links der Calwer Straße (auch zur Grünfütterung geeignet) wird am **nächsten Samstag abends 6 Uhr** an Ort und Stelle im Aufstreich verpachtet, wozu Pachtliebhaber eingeladen sind. Zusammenkunft beim Schlachthaus. 2446

---

6 Wolfshunde 2444

5 Wochen alt, 5 Rüd, 1 Hündin. Sehr schöne Tiere, Eltern gut dressiert. (Vater erstklassiger Stammbaum), **verkauft**

Jakob Brezing, Küfer, Nagold, Herrenbergerstr.

Dr. Schweitzers

Mostansatz „Tamavino"

ist und bleibt der beste.
So lange Vorrat, noch sehr billig bei
H. Lang, Conditorei u. Café
Nagold. 2423

Suche zu baldigem Eintritt in guten Haushalt ein **fleißiges, zuverlässiges** 2449

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, die womöglich schon in Stellung war. Angebote an
Frau Professor **Kaiser**
Calw, Nonnengasse 147.

Schluß der Inseraten-Annahme 8 Uhr.

Olgagrenadiere!

Die Vereinigung ehemaliger Olgagrenadiere in Stuttgart hält zur Gründung einer Ortsgruppe am **Sonntag, den 29. Mai** nachm. 2 Uhr im Gasthaus z. „Traube" in **Nagold**

eine Versammlung

ab, zu der alle im Oberamt Nagold ansässigen Regimentskameraden aus Kriegs- und Friedenszeiten freundlichst eingeladen werden. Kameraden, erscheint vollzählig aus allen Gemeinden des Oberamts.

2440 **Generalmajor a. D. Strohlin.**

Sie sparen Geld,

wenn Sie Ihre Einkäufe in sämtl.

Farben u. Lacken

zu allen Zwecken in der

Löwendrogerie Gebr. Benz, Nagold

kaufen. Dort kauft man gute Waren
2447 zu anerkannt billigen Preisen.

Schul-Anzüge

aus dunklem Zwirnstoff, hochgeschlossen
zu 65.— Mk. 2352

Fabrikniederlage H. Kratzmüller, Pforzheim
Leopoldstrasse 7a.

Verkaufe

4 Stück 8 Wochen alte, weiße

Riesen-Hasen

sowie eine

Häsin mit 6 Jungen,

4 Wochen alt. 2443
Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Textbücher

zu

Faust 1. Teil

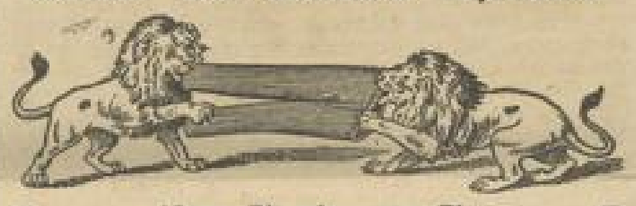
und

Flachsmann als Erzieher

vorrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Unter die Löwen Afrikas



können Sie gehen, wenn Sie

Arbeitshosen von **M. Schloss**

in Nagold tragen. 2101

Empfehle **extrastarke Arbeitshosen**

zu den billigsten Preisen

Chr. Raaf Nachf. M. Schloss

in Nagold.

Lehr- und Miet-Verträge
Mietzins-Büchlein
Schuld-Scheine

sind vorrätig in der

G. W. Zaiserschen Buchdruckerei Nagold.

Gasthof z. Löwen, Nagold.

Sonntag, den 29. Mai

grosse

Tanz-Unterhaltung

unter Mitwirkung der Tiroler Kapelle Hohenloser.

Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein

Kurlenbaur.

2445

Anfang 2.30 und 7.30 Uhr.

Volksbildungskurse.

Vortrag von Prof. Bauser über **„Flachsmann als Erzieher"** usw. **Freitag 8 1/4 Uhr** im Festsaal des Seminars. 2450

Jungfrauen-Liederbücher

bei G. W. Zaiser, Nagold